1. Übungseinheit

Fall 1:

Der Botschafter Frankreichs in Österreich wohnt zwar selbst in der Botschaft, hat aber für seinen 20-jährigen Sohn in Wien eine Wohnung gemietet. Dieser verwendet das ihm von seinem Vater für die Wohnungsmiete übergebene Geld für andere Zwecke und zahlt die Miete nicht. Der Vermieter bringt eine Mietzins- und Räumungsklage gegen den Botschafter ein.

Prüfen sie die Zulässigkeit der Klage. Was ist die verfahrensrechtliche Folge, wenn der Botschafter keinen Einspruch gegen den Zahlungsbefehl erhebt und dieser somit rechtskräftig wird?

Fall 2:

Peter Maier ist Eigentümer einer in einer steirischen Gemeinde im Sprengel des Landesgerichts Leoben gelegenen, von ihm als Gaststätte verwendeten Almhütte, die nur über ein der Gemeinde gehöriges Grundstück erreicht werden kann. Mit der Gemeinde, vertreten durch den Bürgermeister, hat er einen Vertrag geschlossen, wonach ihm ein – auch im Grundbuch einverleibtes - Geh- und Fahrrecht über das der Gemeinde gehörige Grundstück eingeräumt wurde. Mit der Begründung, dass das Befahren und Begehen des der Gemeinde gehörigen Grundstücks mit der Gefahr des Steinschlags verbunden ist, erlässt die Gemeinde eine Verordnung, mit der ein für jedermann geltendes Fahr- und Gehverbot betreffend das Grundstück verhängt wird. Überdies zäunt die Gemeinde ihr Grundstück ein. Peter Maier kann daher seine Almhütte nicht mehr erreichen.

Vertreten durch seinen Anwalt bringt Peter Maier beim Landesgericht Leoben eine Klage gegen die Gemeinde und gegen den Bürgermeister persönlich ein, mit der er 1. die Aufhebung der Verordnung, 2. die Beseitigung des Zaunes und 3. Schadenersatz für Verdienstentgang in Höhe von 25.000 EUR begehrt, weil er infolge des Geh- und Fahrverbots keine Kunden bewirten konnte. Dazu bringt er vor, dass die Erlassung der Verordnung rechtswidrig und ihm gegenüber in Schädigungsabsicht des Bürgermeisters erfolgte. Aufgrund des geschlossenen Servitutsvertrags sei die Gemeinde verpflichtet, ihm ungehinderten Zugang und Zufahrt über ihr Grundstück zu gewähren.

Prüfen sie die Zulässigkeit der Klage

Fall 3:

Der in Wien 3 wohnhafte Otto Flott ist aufgrund eines Vergleichs zu Unterhaltszahlungen an seinen 24-jährigen Sohn Karli Flott – der in Wien 7 wohnt - in

Höhe von 600 EUR monatlich verpflichtet. Karli Flott findet heraus, dass sein Vater nach dem Unterhaltsvergleich eine viel besser bezahlte Stelle annahm. Er will daher in Zukunft 800 EUR monatlich an Unterhalt. Otto Flott umgekehrt findet, dass Karli sich mit seinem Jusstudium viel zu viel Zeit lässt. Er will daher überhaupt keinen Unterhalt mehr zahlen. Außerdem hat er den Unterhalt im letzten Jahr irrtümlich doppelt bezahlt. Er will daher die Überzahlungen für das letzte Jahr in Höhe 7.200 EUR zurückverlangen.

Prüfen sie, welcher der Beteiligten wo und in welcher Verfahrensart welche Ansprüche stellen könnte.

Zur Vorbereitung informieren sie sich bitte über die Grundbegriffe des Zivilverfahrensrechts, das Prozesshindernis der Immunität und die Zulässigkeit des Rechtswegs als Prozessvoraussetzung